

CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

JhA

OBERBÜRGERMEISTER		
26. APR. 2011 /Nr.		
✓	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
	2 w.V.	4 Antwort vor Ab- sendung vorlegen
		5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen

Mu

Wolff'scher Bau des Rathauses
Zimmer 58
Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 231 – 2907
Telefax: 09 11 / 231 – 4051
E-Mail: csu@stadt.nuernberg.de
www.csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de

av/ 21. April 2011
König

Hortplatz-Vergabe: Überprüfung der Kriterien

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bezugnehmend auf den Artikel vom 20. April 2011 (NN) zum Thema Hortplatz-Vergabe stelle ich für die CSU-Stadtratsfraktion zur Behandlung im Jugendhilfeausschuss folgenden

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vergabekriterien der Hortplatz-Verteilung zu prüfen.

Begründung:

In Anbetracht der sich häufenden Beschwerden von Eltern (500 Familien haben sich bei der Stadt Nürnberg beschwert), müssen die Vergaberichtlinien und die Standards, die bereits festgelegt sind, konkretisiert werden. Es ist wichtig, dass auch die Eltern, die beide berufstätig sind, einen Betreuungsplatz für ihr(e) Kind(er) bekommen. Soziale Aspekte bei der Vergabe sind wichtig. Aber es kann nicht sein, dass immer die Leistungsträger unserer Gesellschaft benachteiligt werden. Die Berufstätigen sind diejenigen, die Steuern zahlen und bekommen dann nicht einmal einen Hortplatz – das muss sich ändern.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Brehm
Fraktionsvorsitzender

NN-Artikel: 20.04.2011

500 verzweifelte Eltern

Hortplatz-Vergabe: Die Beschwerden stapeln sich

VON SILKE ROENNEFAHRT

Während das Jugendamt händeringend an einem Notprogramm zur Aufstockung der Hortplätze arbeitet, liegen bei den betroffenen Eltern die Nerven blank. Rund 500 verzweifelte Familien haben sich bereits bei der Stadt beschwert. Etliche von ihnen stellen die Kriterien bei der Vergabe infrage.

In einer eigenen Satzung hat die Kommune geregelt, in welcher Reihenfolge die Plätze zu verteilen sind. Absoluten Vorrang haben demnach Kinder, deren Wohl nicht gesichert ist, und Kinder von Alleinerziehenden, die eine Ausbildung beginnen, an einer Qualifizierungsmaßnahme teilnehmen oder berufstätig sind. Erst danach kommen Familien zum Zuge, in denen beide Elternteile arbeiten, sie konkurrieren dabei unter anderem mit jenen, deren Kinder besonderen Förderbedarf haben oder die in schwierigen familiären Verhältnissen leben.

„Die Deppen“

Eine Rangfolge, die nicht jeder akzeptieren mag. „Wir, die Steuerzahler, wir sind die zahlenden Deppen und bekommen nicht einmal mehr einen Hortplatz“, ärgert sich Peter Splieth, der vom Hort an der Sperberschule eine Absage erhielt, obwohl er und seine Frau berufstätig sind und dringend eine Betreuung für ihre Tochter brauchen.

Er habe durchaus Verständnis dafür, dass Kinder aus prekären sozialen Verhältnissen wenigstens für Stunden herausgeholt werden aus ihren Familien. „Wie man sieht, geschieht das aber zu einhundert Prozent auf unsere Kosten, die Kosten der Steuerzahler, welche das soziale Netz für die anderen überhaupt erst finanzieren.“ Seine Tochter wird jetzt eine Privatschule mit Hort besuchen, „sonst hätte meine Frau aufhören müssen zu arbeiten“, so der Sozialpädagoge. „Berufstätige müssten bevorzugt werden“, fordert er.

Jugendamt zeigt Verständnis

Ingeborg Brandl-Herrmann, stellvertretende Leiterin des Jugendamtes, kann die Klagen durchaus nachvollziehen. „Wir haben absolutes Verständnis für die Verzweiflung der Eltern.“ Doch an den Richtlinien sei nicht zu rütteln, nur noch klarer sollen sie demnächst gefasst werden, damit es weniger Missverständnisse gibt. Denn Brandl-Herrmann beobachtet, dass die Solidarität der Eltern „angegriffen“ ist.

„Muss ich mich erst scheiden lassen, um einen Platz zu bekommen?“ „Warum werden die Migranten immer bevorzugt?“ Solche und ähnliche Fragen hören die Mitarbeiter häufiger. Etliche Familien richten ihre Beschwerdebriefe gleich an den Oberbürgermeister, andere klagen vor dem Verwaltungsgericht gegen die Entscheidung. An die 500 Beschwerden sind schriftlich oder telefonisch bei der Kommune eingegangen, schätzt Brandl-Herrmann.

Doch auf die Vergabekriterien lässt sie nichts kommen. Jeder Fall werde genau geprüft, sagt sie. Dem Eindruck, dass Plätze an Alleinerziehende vergeben würden, die nicht berufstätig sind, tritt sie entschieden entgegen. Sie kämen nur dann vorrangig zum Zug, wenn sie „nachhaltig“ arbeitssuchend sind. „Beim derzeitigen Notstand wird genau hingeschaut. Wir wollen natürlich nicht, dass jemand seinen Job aufgeben muss.“

Intensive Suche

Doch sei die Kommune laut Sozialgesetzbuch verpflichtet, alleinerziehenden Müttern oder Vätern, die an einer Qualifizierungsmaßnahme des Jobcenters teilnehmen, Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen. Um wenigstens die größte Not zu lindern, sucht das Jugendamt weiterhin händeringend nach zusätzlichen Angeboten. An Tagesmütter geht der Appell, auch Schulkinder aufzunehmen. Ein Container an der Frankenstraße mit 75 Plätzen, der einer Schule als Ausweichquartier diene, soll gleich stehen bleiben — als Anlaufstelle für benachbarte Schulen. 200 bis 300 Plätze könne sie vielleicht noch auftreiben, hofft Brandl-Herrmann. „Wir probieren alles.“ Die gesamte Stadtspitze habe ihre Unterstützung zugesagt. In diesem Jahr sei der Andrang besonders groß, weil die Konjunktur wieder anziehe und sich auch die Arbeitszeit der Frauen immer stärker in den Nachmittag und Abend hinein verlagere. Der Bedarf wird weiter steigen, davon ist die Fachfrau überzeugt. Auch die geplante Versorgungsquote von 40 Prozent wird aus ihrer Sicht nicht reichen. „Die Realität überholt uns.“